



response Hessen  
Falkensteiner Str. 77  
60322 Frankfurt am Main

## Pressemitteilung

12. Januar 2023

**response Hessen spricht am 13. Januar 2023 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Wiesbaden zum rechtsterroristischen und rassistischen Anschlag in Hanau. Response berät und begleitet Überlebende und Betroffene des Anschlags zum Teil von Beginn an bis heute.**

*Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu wurden am 19. Februar 2020 bei dem rechtsterroristischen und rassistischen Anschlag in Hanau getötet.*

Liisa Pärssinen, Leiterin der Beratungsstelle *response* – *Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* spricht in Wiesbaden vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss 20/2, welcher sich der politischen Aufarbeitung des Anschlags und der Aufklärung von möglichen Versäumnissen und Fehlern von Seiten der Behörden widmen soll. Als Sachverständige äußert sie sich vor den Parlamentarier:innen zu den Themenkomplexen Opferschutz, Opfernachsorge und dem Umgang von Polizei und Behörden mit Überlebenden und Angehörigen. Die Beratungsstelle *response* berät und begleitet Überlebende und Betroffene des Anschlags zum Teil von Beginn an bis heute.

**Liisa Pärssinen berichtet aus dieser konkreten Beratungspraxis und –erfahrung und legt dar, wie es fast drei Jahre nach dem rechtsterroristischen und rassistischen Anschlag in Hanau um die Versorgung der Betroffenen steht und welche konkreten Forderungen sich daraus ableiten lassen: schnelle, unbürokratische und niedrigschwellige Unterstützungsangebote, traumasensible und rassistuskritische Ausbildung von Behördenmitarbeiter:innen sowie der Aufbau von neuen Strukturen, welche die Aufarbeitung des Anschlags unterstützen und nicht zusätzlich belasten.**



„Die Aufarbeitung des Anschlags in Hanau wird noch Jahre dauern und bleibt eine gesamtgesellschaftliche sowie ausdrücklich politische Aufgabe. Sie darf nicht nur Sache der Überlebenden, Angehörigen und allen direkt sowie indirekt Betroffenen und deren Unterstützer:innen sein, denen sie einen immensen Kraftakt abverlangt. Sie muss gleichermaßen mit einem selbstkritischen Blick bei den involvierten Institutionen und Behörden stattfinden“, erklärt Liisa Pärssinen: **„Aus der Beratungspraxis wissen wir, dass die selten vorhandene Sensibilität für Trauma- und Rassismuserfahrungen im Umgang von Einsatzkräften und Behörden mit den Betroffenen einen zusätzlichen Belastungsfaktor bedeutet.“**

Für Überlebende und Betroffene rechtsterroristischer Gewalttaten sind sowohl die Gefahr einer sekundären Viktimisierung, das heißt dem erneuten Zum-Opfer-Werden aufgrund von Fehlreaktionen des sozialen Umfelds (z.B. Bagatellisieren der Erfahrung rassistischer Gewalt durch Polizei und Justiz), als auch die Gefahr von Re-Traumatisierungen mögliche Folgen eben dieses fehlenden Wissens.

Betroffene formulieren seit Jahrzehnten den Vorwurf an Polizei und Behörden, dass ihnen weder zugehört, noch ihre Anliegen ernstgenommen werden. Daneben steht oftmals die Erfahrung, zur eigenen Existenzsicherung nach der Gewalttat bürokratische Prozesse, behördliche Vorgänge und Antragsstellungen durchlaufen zu müssen, die sich über Jahre ziehen können und in ihrer Komplexität kaum durchschaubar sind:

„Bei einem rechtsterroristischen und rassistischen Anschlag wie in Hanau geht es in einem ersten Schritt immer um eine angemessene und sensible psychosoziale Erstversorgung vor Ort. **Danach muss aber die langfristige Versorgung und Unterstützung der Betroffenen durch die entsprechenden Strukturen gewährleistet sein. Das gegenwärtige Opferentschädigungsgesetz (OEG), wie es auch für die Betroffenen von Hanau Anwendung findet, ist kein System, welches Betroffene von rechtsterroristischen und rassistischen Anschlägen in ihrer akuten und länger andauernden wirtschaftlichen Notlage auffangen und absichern kann**“, erläutert Liisa Pärssinen. Das wird sich absehbar auch nach der geplanten Reform des OEG zum 1. Januar 2024 nicht ändern.

Dementsprechend bedarf es eines anderen Systems, das den Betroffenen und ihren Bedürfnissen gerecht wird. Dazu ergänzt Liisa Pärssinen:

**„Aktuell müssen Antragssteller:innen umfänglich und mit hohem Aufwand nachweisen, dass sie sich tatsächlich in einer Situation befinden, die sie zu Entschädigungsleistungen berechtigt. Dadurch werden zusätzliche bürokratische Hürden in einem ohnehin hohen Belastungszustand geschaffen. Gleichzeitig entstehen Versorgungslücken, die dringend geschlossen werden müssen.“**

„Wenn fast drei Jahre nach dem Anschlag vom 19. Februar 2020 die Forderung in der öffentlichen Debatte formuliert wird, mit Hanau und dem Anschlag abzuschließen, dann verkennt dies vollständig das Ausmaß und die Folgen eines rechtsterroristischen und rassistischen Anschlags. Solche Gewalttaten sind stets als Botschaftstaten zu verstehen:



Nicht nur für die Überlebenden, Betroffenen und Angehörigen bedeutet dieser Tag eine Zäsur, auch Menschen, die in ihrem Alltag immer wieder mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt konfrontiert sind, sollte signalisiert werden, dass sie sich nicht sicher fühlen können. Es muss als gesamtgesellschaftlicher Auftrag verstanden werden, dagegen entschieden und solidarisch anzugehen“, so Liisa Pärssinen.

Überlebende, Betroffene und Angehörige haben immer wieder öffentlich, mit Nachdruck und in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, wie es um die Anerkennung ihrer Situation und insbesondere um ihre Versorgung steht. Sie sollten ohne hohe Hürden und aufwendige Prozesse auf langfristig angelegte Unterstützungsstrukturen zurückgreifen können: Diese Forderungen unterstützt die Beratungsstelle *response* ausdrücklich.

### **response - ein Angebot des Evangelischen Regionalverbands Frankfurt und Offenbach**

Die Beratungsstelle *response* nahm ihre Beratungsarbeit im Februar 2016 in Frankfurt am Main auf. Ende 2017 kam eine Zweigstelle in Kassel hinzu, um Betroffene aus dem Raum Nord- und Osthessen besser erreichen zu können. Im Juli 2022 wechselte die Beratungsstelle die Trägerschaft von der Bildungsstätte Anne Frank zum Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach.

*Response* ist Mitglied im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert.

Die Verantwortung für die Inhalte dieser Pressemitteilung liegt ausschließlich bei *response*.

### **Pressekontakt**

Sarah Teufel, Monitoring/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
st@frankfurt-evangelisch.de, 01523 / 7610896  
presse.response@frankfurt-evangelisch.de  
response-hessen.de  
hessenschauthin.de

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

